

Auf Empfehlung des Integrationsrates beschließt der Rat der Stadt Köln, einen Verbund „Kölner europäische Grundschulen“ zu gründen.

Grundlage der Arbeit dieses Verbundes sind die Dokumente der Europäischen Union, vor allem der Beschluss der Erziehungsminister von 1995, dass alle Schulabgänger über drei Sprachen verfügen sollen, der Kommissionsbericht „Europa verwirklichen durch die allgemeine und berufliche Bildung“ von 1997, in dem die interkulturelle Schule als Regelschule der Zukunft gefordert wird, und die Mitteilung der Kommission „Eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit“ von 2005, in der verstärkte Bemühungen für die Mehrsprachigkeit verlangt werden

1. Merkmale der europäischen Grundschulen:

- Über das Fach Englisch (ab Klasse 3) hinaus gibt es zweisprachige Programme bei der Alphabetisierung und im Sachunterricht, z.B. in den Kombinationen deutsch-türkisch, deutsch-italienisch, deutsch-russisch, deutsch-polnisch oder deutsch-französisch. Daran können sich auch die Kinder ohne Migrationshintergrund beteiligen.
- Die Anerkennung kultureller Vielfalt ist Bestandteil des Erziehungsauftrages, beeinflusst die Auswahl der Lerninhalte und das Schulleben.
- Neue Formen des Deutschlernens (auch mit Unterstützung der Muttersprache) ermöglichen eine rasche Verbesserung der Deutschkenntnisse aller Schülerinnen und Schüler.
- Die Lehrerinnen und Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht werden aktiv eingebunden in den schulischen Regelbetrieb, sie koordinieren ihren Unterricht mit dem Regelunterricht.
- Mehrsprachige Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund werden bevorzugt eingestellt.
- Die deutschen Lehrerinnen und Lehrer bemühen sich um eine Verbesserung ihrer Kenntnisse in anderen Kulturen und Sprachstrukturen. Dazu werden Kontakte mit ausländischen Kulturinstituten genutzt.
- Die Lehrerstellen zur Integrationshilfe werden systematisch zur Verbesserung der Deutschkenntnisse genutzt.
- Die Migranteltern leisten einen aktiven Beitrag in den schulischen Mitbestimmungsgremien und im Schulleben. Es bestehen Kontakte zu Organisationen, interkulturellen Zentren und Vereinen der Migranten im schulischen Umfeld.
- Die Schulen organisieren Angebote für die Migranteltern, die sie darüber informieren, wie sie die sprachlichen Fähigkeiten ihrer Kinder fördern können.

- Die Schulen pflegen Kontakte zu Institutionen, Konsulaten, Kulturinstituten der Herkunftsländer der Migranten und der europäischen Nachbarstaaten sowie zu Einrichtungen der Europäischen Union sowie zu den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften.
- Die Schulen haben sprachliche und inhaltliche Kontakte zu Schulen aus den Herkunftsländern der Migranten, vor allem über das Internet.
- Es finden kulturelle Veranstaltungen statt: mehrsprachige Lesewettbewerbe, fremdsprachige Theateraufführungen, Lesungen fremdsprachiger Autoren. Es besteht eine Zusammenarbeit mit ausländischen Künstlern in Musik oder Malerei.

Die Merkmale werden in einem Antrag zusammengefasst und dienen als Bewertungsgrundlage für die Anträge der Schulen auf die Verleihung des Titels „Kölner europäische Grundschule“.

2. Umsetzungsschritte

- Es wird ein Beirat des Verbundes gebildet mit Vertreterinnen und Vertretern des Rates, des Schulamtes, des Schulverwaltungsamtes, des Integrationsrates, der Bezirksregierung Köln, der Wirtschaft, der Gewerkschaften. Die genannten Institutionen sollen über das Regionale Bildungsbüro eingebunden werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden.
- Die Verwaltung prüft die Anträge der Schulen und schlägt dem Rat die Schulen vor, denen der Titel „Europäische Grundschule Köln“ verliehen werden soll. Weitere Aufgaben: Öffentlichkeitsarbeit für den Verbund, Erschließung zusätzlicher Ressourcen, Unterstützung der Arbeit der Schulen.
- Der Rat der Stadt Köln verleiht den Titel „Kölner europäische Grundschule“.
- Der Rat beauftragt den Oberbürgermeister, unter den Kölner Grundschulen für eine Beteiligung an dem Verbund zu werben. Er setzt sich als Ziel, dass bis zum Jahresende 2010 30 Grundschulen mit verschiedenen Sprachenkombinationen an dem Verbund teilnehmen.
- Der Rat beantragt bei der Landesregierung die vorgesehenen finanziellen Mittel für Schule und Bildung.
- Die Schulen des Verbundes werden in ihrer Arbeit professionell begleitet (Fortbildung, Materialentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung). Dazu unterstützt die Stadt das Kompetenzzentrum Sprachförderung.
- Jährlich findet eine Vollversammlung der Schulen statt, auf der die Arbeit vorgestellt wird und ein Arbeitsaustausch stattfindet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke Köln und des Kölner Bürger Bündnisses – bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

(aus: Niederschrift der 21. Sitzung des Rats der Stadt Köln vom 14.11.2006)